



# HESSISCHER LANDTAG

24. 09. 2019

Plenum

## **Dringlicher Antrag**

### **Fraktion DIE LINKE**

#### **Unterstützung der Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Mieter**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für die Abschaffung der Umlagefähigkeit der Grundsteuer einzusetzen, um Mieter zu entlasten.

#### **Begründung:**

Der Anstieg der Mieten in den Ballungszentren, großen und mittleren Städten nimmt immer dramatischere Züge an. Neben den Mietkosten sind die Betriebskosten ein relevanter Kostenfaktor für Mieterinnen und Mieter. Die bei den Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümern erhobene Grundsteuer wird üblicherweise als Teil der Betriebskosten auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt. Um eine weitere Belastung durch steigende Mieten für Mieterinnen und Mieter zu verhindern, soll die Umlagefähigkeit der Grundsteuer im Rahmen der Betriebskostenverordnung aufgehoben werden.

Das Land Berlin hat eine entsprechende Initiative im Bundesrat eingebracht (Bundesrat, Drucksache 434/19: Gesetzesantrag des Landes Berlin: Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Grundsteuer-Umlagefähigkeit (Mieter-Grundsteuer-Entlastungsgesetz). Die Hessische Landesregierung sollte diese Initiative unterstützen, um Mieterinnen und Mieter bundesweit und in Hessen zu entlasten.

Wiesbaden, 24. September 2019

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende:  
**Jan Schalauske**